

Antrag

der Abgeordneten Karl Lamers, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Rainer Haungs, Günter Klein (Bremen), Dietrich Austermann, Ulrich Adam, Peter Kittelmann, Willy Wimmer (Neuss), Dr. Dionys Jobst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Irmer, Manfred Richter (Bremerhaven), Wolfgang Lüder, Klaus Beckmann, Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink, Jörg Ganschow, Ekkehard Gries, Jürgen Koppelin, Dr. Otto Graf Lambsdorff, Jürgen W. Möllemann, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Jürgen Schmieder, Dr. Christoph Schnittler und der Fraktion der F.D.P.

Stärkung der Zusammenarbeit mit Asien

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Die Bundesrepublik Deutschland unterhält zu vielen Staaten Asiens und des Südpazifiks seit langem intensive und freundschaftliche Beziehungen.

Immer mehr asiatische Staaten, nicht nur die besonders bevölkerungsreichen und großen, sondern auch viele mittlere sind in der Region und weltweit zu politisch und wirtschaftlich immer bedeutsameren Akteuren herangewachsen. Sie müssen daher auch eine größere Verantwortung für die friedliche Gestaltung der Zukunft übernehmen. Die Sicherung des Friedens durch Gewaltverzicht, menschenwürdige Entwicklung, Erhaltung und Bewahrung der Umwelt kann regional und global befriedigend nur im Zusammenwirken zwischen und mit den Staaten der Region geregelt werden.

Der asiatisch-pazifische Wirtschaftsraum ist die dynamischste Wachstumsregion der Welt. Asiatische Unternehmen besetzen Spitzenplätze bei der technologischen Entwicklung. Asiatisches Kapital spielt weltweit eine zunehmend wichtige Rolle. Die Volkswirtschaften Asiens tragen immer erheblicher zum Wachstum der Weltwirtschaft bei. Das Gewicht des asiatisch-pazifischen Raumes und damit Asiens insgesamt in der weltwirtschaftlichen Triade Europa – Amerika – Asien nimmt deutlich zu. Diese wirtschaftliche Entwicklung in Asien wird auch dazu beitragen, die Ausbildung demokratischer politischer Strukturen und die stärkere Beachtung der Menschenrechte zu fördern.

Diesen Entwicklungen muß die deutsche Asienpolitik Rechnung tragen. Sie muß die politischen und wirtschaftlichen Chancen, die sich ihr in Asien bieten, voll nutzen. Sie muß dazu beitragen, daß die asiatischen Staaten und Staatengruppen ihre regionale wie globale Mitverantwortung für Friedenssicherung, Rüstungsbegrenzung unter Anerkennung allgemeiner Sicherheitsinteressen, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, für Umweltfragen und Menschenrechte ebenso wahrnehmen wie die für die wirtschaftlich-soziale Entwicklung und den reibungslosen Ausbau der internationalen Handels- und Finanzbeziehungen.

Eine solche Politik wird nur erfolgreich sein, wenn sich der Ausbau partnerschaftlicher Beziehungen am gegenseitigen Nutzen orientiert. Hierfür müssen bewährte Instrumente der Politikgestaltung erhalten und ausgebaut werden, neue müssen dazukommen. Unter Nutzung des erprobten dichten Geflechtes bilateraler Beziehungen und des Ausbaus der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene und der über multilaterale Institutionen gepflegten Beziehungen gilt es, den politischen Dialog mit den Staaten Asiens auf allen Ebenen zu verbreitern und zu vertiefen.

Gleichzeitig ist die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet weiter auszubauen und den Wachstumspotentialen der Region anzupassen. Dies erfordert auch ein stärkeres Engagement der deutschen Wirtschaft und auf asiatischer Seite befriedigende Regelungen für Marktzugang und Investitionsbedingungen. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technologie, der Umwelt und der Entwicklungspolitik ist partnerschaftlich orientiert zu stärken. Der kulturelle Austausch und die gesellschaftlichen Aspekte der Zusammenarbeit einschließlich eines offenen Dialoges über Fragen der Menschenrechte, von Freiheit und Pluralismus sind zu fördern.

Angesichts der Potentiale der betroffenen Staaten, der Größe der Region, der Dimension der globalen Aufgaben bietet sich für das politische Zusammenwirken auch die Europäische Union an. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in ihren Gremien entsprechende Initiativen zu ergreifen. Die im Mai 1993 im Europäischen Parlament eingebrachten Resolutionen zur Einbeziehung der Volksrepublik China und Taiwans in das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) sind zu unterstützen. Für die exportstarken asiatischen Staaten, aber auch für Deutschland und Europa sind die Entscheidungen im Rahmen der europäischen und weltweiten Handelspolitik von herausragender Bedeutung. Ein erfolgreicher Abschluß der Uruguay-Runde ist unerlässlich.

In einer Welt, in der regionale Zusammenarbeit auch bei der Entwicklung neuer Sicherheitsstrukturen stabilitätsfördernd wirkt, begrüßt der Deutsche Bundestag die immer engere Zusammenarbeit in Südasien im Rahmen der Regionalorganisation SAARC und die sich weiter vertiefende Zusammenarbeit des südostasiatischen Staatenbündnisses ASEAN, der ersten regionalen Partnerorganisation der EG. Er bekundet sein Interesse an Dialog und Zusammenarbeit mit der APEC und würde die Herstellung ähnlicher Strukturen der Zusammenarbeit begrüßen, wie

sie zwischen der EG und ASEAN bestehen. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bemühungen der Vereinten Nationen, der USA und von Staaten Asiens um dauerhafte stabile und vertrauensvolle Beziehungen zwischen allen Staaten der Region.

II.

Die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und dem Westen, Deutschland eingeschlossen, haben sich in der Vergangenheit durchaus wechselvoll gestaltet. Die Entwicklung und Pflege einer engen und störungsfreien Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China sollte die Bundesregierung im Zusammenwirken mit ihren europäischen Partnern und den USA mit besonderem Engagement verfolgen. Die Volksrepublik China nimmt angesichts ihrer Größe, ihrer Probleme, ihrer dynamischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und der Frage der Wiedervereinigung des Landes eine besondere Stellung ein. Es bedarf intensiver politischer Anstrengungen, damit China seiner asiatischen und globalen Verantwortung gerecht werden kann.

Eine Verhinderung und Bewältigung regionaler und internationaler Krisen durch die Völkergemeinschaft sowie die Stärkung und Reform der Vereinten Nationen sind ohne die konstruktive Mitarbeit Chinas nicht mehr möglich. Als mit Abstand volkreichster Staat der Erde, als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat und Nuklearmacht, aber auch als Wirtschaftsfaktor von stetig wachsender Bedeutung verfügt die Volksrepublik China über ein Gewicht, das weit über den asiatisch-pazifischen Raum hinaus wirksam wird.

Die Pflege möglichst enger und konstruktiver politischer Beziehungen zu China liegt damit ebenso im deutschen Interesse wie die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen. Für die Bundesrepublik Deutschland muß es darum gehen, auf die Unumkehrbarkeit der Liberalisierung der chinesischen Wirtschaft hinzuwirken und die Reformansätze durch eine breitangelegte konstruktive Politik der Zusammenarbeit weiter zu fördern. Eine solche Politik muß den offenen und kritischen Einsatz für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation, ohne die es langfristig keine friedliche innere Entwicklung, keine politische und wirtschaftliche Stabilität des Landes geben kann, ebenso einschließen wie die Schaffung von wirtschaftlichen Anreizen und Ermutigungen für eine weitere Öffnung Chinas.

III.

Das Dreieck, das von Hongkong, Taiwan und Südchina gebildet wird, bezeichnet die Konturen eines gesamtchinesischen Wirtschaftsraums der Zukunft, dessen Potentiale kaum überschätzt werden können. Hongkong und Südchina sind bereits heute wirtschaftlich miteinander verwoben. Die wirtschaftliche Verflechtung Taiwans mit dem Festland ist eng.

Für die deutsche Wirtschaft sind die Volksrepublik China, Hongkong und Taiwan wichtige Handels- und Kooperationspartner. Deshalb sollten bei der Verfolgung wirtschaftlicher Interessen die

möglichen Auswirkungen auf die jeweils anderen Partner mitbedacht und berücksichtigt werden. Hongkong wird in wenigen Jahren Bestandteil der Volksrepublik China sein. Unabhängig von den damit einhergehenden Veränderungen bekundet Deutschland sein Interesse an der langfristigen Erhaltung Hongkongs als eines der wichtigsten Handels- und Börsenzentren der Welt und legt Wert darauf, die gewachsenen Beziehungen zu Hongkong weiter zu pflegen und auszubauen.

Politisches Ziel der Volksrepublik China wie auch Taiwans bleibt nach Bekundungen beider Seiten die Wiedervereinigung. Die Wiedervereinigungspolitik sollte weiterhin nur mit friedlichen Mitteln verfolgt und seitens der Volksrepublik China auch dadurch erleichtert werden, daß sie sie ausschließlich gewaltlos betreibt. Von außen sollte alles vermieden werden, was einen Prozeß der friedlichen Annäherung und der Vereinigung Chinas erschweren oder behindern könnte.

IV.

Die deutsche Asien- und Chinapolitik muß auch Taiwan einbeziehen. Deutschland nimmt bei den Exporten nach Taiwan hinter Japan und den USA den dritten Platz ein. Taiwan ist ein auch nach Bruttosozialprodukt und Devisenreserven beachtlicher Wirtschaftsfaktor, der in der Außenhandelspolitik Deutschlands in gebotener Weise berücksichtigt werden muß. In der Zusammenarbeit mit Taiwan können sich der deutschen Wirtschaft auf asiatischen Drittmärkten erhebliche Potentiale erschließen.

Taiwan ist nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen ein interessanter Partner für die Bundesrepublik Deutschland. Taiwan ist eines der asiatischen Modelle für die Wechselwirkung von wirtschaftlichem Wohlstand und Demokratisierung. Taiwan bildet zusammen mit Hongkong, auch mit Macao und Singapur, das Reservoir, aus dem schon heute und mehr noch in Zukunft wesentliche Anstöße für die Entwicklung der Volksrepublik China ausgehen. Die wirtschaftliche Durchdringung der Wachstumszonen der Volksrepublik China insbesondere von seiten Taiwans ist bereits weit fortgeschritten.

Deutschland sollte bereit sein, seine Kontakte zu Taiwan unterhalb der Schwelle völkerrechtlicher Beziehungen zu pflegen und weiter auszubauen. Dies gilt auch für den Ausbau des Kulturaustausches. Insbesondere sollten der deutschen Wirtschaft verstärkt Möglichkeiten geschaffen werden, ihre Geschäftsbeziehungen mit Taiwan in zentralen Bereichen wie Infrastruktur, Umweltschutz, Energie und Schiffbau, Maschinenbau, Transportwesen, Medizin- und Anlagentechnik weiter zu entwickeln und auszubauen. Deshalb sollten alle Möglichkeiten der Förderung der Zusammenarbeit genutzt werden. Dazu gehören

- die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsausschusses, der auch Projekte für eine Zusammenarbeit auf dem Festland definieren könnte und
- der weitere Ausbau des Deutschen Wirtschaftsbüros in Taipeh mit dem Ziel der Gründung einer deutschen Außenhandelskammer.

Bonn, den 22. Oktober 1993

Karl Lamers
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Rainer Haungs
Günter Klein (Bremen)
Dietrich Austermann
Ulrich Adam
Peter Kittelmann
Willy Wimmer (Neuss)
Dr. Dionys Jobst
Richard Bayha
Hans-Dirk Bierling
Dr. Joseph-Theodor Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Klaus Brähmig
Monika Brudlewsky
Klaus Bühler (Bruchsal)
Dankward Buwitt
Albert Deß
Wolfgang Engelmann
Anke Eymer
Ilse Falk
Winfried Fockenberg
Herbert Frankenhauser
Erich G. Fritz
Hans-Joachim Fuchtel
Peter Götz
Elisabeth Grochtmann
Carl-Detlev Freiherr von
Hammerstein
Klaus Harries
Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach)
Dr. Renate Hellwig
Dr. h. c. Adolf Herkenrath
Ernst Hinsken
Siegfried Hornung
Georg Janovsky
Karin Jeltsch
Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Egon Jüttner
Dr. Harald Kahl
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Hans-Ulrich Köhler
(Hainspitz)
Thomas Kossendey
Wolfgang Krause (Dessau)

Franz Heinrich Krey
Heinz-Jürgen Kronberg
Christian Lenzer
Editha Limbach
Dr. Manfred Lischewski
Heinrich Lummer
Ursula Männle
Theo Magin
Dr. Dietrich Mahlo
Erwin Marschewski
Günter Marten
Dr. Günther Müller
Alfons Müller (Wesseling)
Friedhelm Ost
Dr. Peter Paziorek
Hans-Wilhelm Pesch
Roland Sauer (Stuttgart)
Günther Scharzt (Trier)
Michael von Schmude
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Rupert Scholz
Gerhard Schulz (Leipzig)
Dr. Hermann Schwörer
Wilfried Seibel
Bärbel Sothmann
Dr. Hans Stercken
Alois Graf von Waldburg-Zell
Simon Wittmann (Tannesberg)
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Ulrich Irmer
Manfred Richter
(Bremerhaven)
Wolfgang Lüder
Klaus Beckmann
Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink
Jörg Ganschow
Ekkehard Gries
Jürgen Koppelin
Dr. Otto Graf Lambsdorff
Jürgen W. Möllemann
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Dr. Jürgen Schmieder
Dr. Christoph Schnittler
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

